

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzustellungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühestens tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 87.

Donnerstag, den 14. April 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Prügel.

Seitdem in Dänemark eine rückständige Regierung die Wiedereinführung der Prügelstrafe aufs Tapet gebracht und eine rückständige Parlamentsmehrheit gefälliges Entgegenkommen gezeigt hat, ist unter dem deutschen Philistertum auch eine Art „Bewegung“ entstanden, welche einen gleichen Zweck verfolgt. Der deutsche Philister glaubt an die Wunderfähigkeit des Prügels weit fester als an seine religiösen Dogmen. Man muß auch manchmal wirklich staunen, wie sonst selbstbildlich vorurteillose Männer aus bürgerlichen Kreisen, die gegen Bureaucratismus und Polizeiwillkür die schärfsten Worte finden, plötzlich in die Tonart verstockter Reaktiöner verfallen, wenn davon die Rede ist, daß man mit der Prügelstrafe die Menschen von Verbrechen abschrecken könne. Das heutige Bürgertum hängt aber zu enge zusammen mit dem Philistertum, und selbst weit in die „Vernünftigen“ und „demokratischen“ Schichten hinein findet die Prügelstrafe Anhänger. Diese wollen natürlich eine solche mittelalterliche Barbarei nicht in ihr Programm aufnehmen, würden aber eine gewisse Veruhigung und Genugtuung empfinden, wenn wieder an allen Ecken und Enden geprügelt würde. Solche philisterhafte Heuchelei ist verächtlich und ekelhaft; da erscheint der Knuten Dextel, der öffentlich in der Wiedereinführung der Prügelstrafe eines seiner Ideale ankündigt, wenigstens als ein aufrechter und ehrlicher Mensch.

Alle diese Anbeter des allheilenden Prügels kennen die historischen Erfahrungen mit dem Prügel nicht oder wollen sie nicht kennen. Die Abschreckungstheorie ist eine längst überwundene Sache, seitdem die kritische Wissenschaft festgestellt hat, daß die Zahl der Verbrechen in einem bestimmten Verhältnis zu den gesellschaftlichen Zuständen steht. Es haben ja auch die furchtbaren und grausamen Strafen des Mittelalters die Verbrechen nicht verringern können. In früheren Zeiten wurde natürlich genug geprügelt, und niemand wird behaupten wollen, daß speziell damit eine Abnahme der Verbrechen erzielt worden sei. Besonders gegen die Missethäter will man die Prügelstrafe angewendet wissen. Nun, dem gegenüber gilt das treffende Wort eines modernen Strafrechtlehrers, daß man aus einem Menschen sehr viel, ja alles Ehrgefühl herausprügeln kann, daß es aber unmöglich ist, solches in einen Menschen hineinzuprügeln. Lächer gibt es unter dem heutigen Gesehntum auch noch eine Menge vollkommen rückständiger Elemente, die nichts hören, als das Klatschen der Rute ihrer Vorgesetzten, die aber von dem Klatschen des freigen Lebens noch niemals etwas vernommen haben. Diese Menschen verkröckeln innerhalb des Wustes ihrer Gesehrtamkeit. Und so gelangen sie nicht in den lichten Bereich des modernen Humanitätsbegriffs, sondern sie fallen in die ganze Finsternis der Vergangenheit zurück. Daher kommt es, daß auch von dieser Seite fortwährend Strafverschärfungen verlangt werden.

Wären alle diese reaktionären Behauptungen richtig, dann müßte Rußland das glücklichste Land sein. Denn dort hat es an Prügelei nie gefehlt und fehlt es auch jetzt noch nicht. In Deutschland hat sich bekanntlich in Mecklenburg die Prügelstrafe am längsten erhalten und doch wird nicht leicht jemand behaupten wollen, daß dies Land den andern deutschen Ländern voran sei.

Das Gesetzt nach der Prügelstrafe nimmt sich äußerlich sehr brutal aus und entspricht auch zweifellos einer brutalen Bestrafung. Und doch ist es nur das Zeichen einer großen, sehr großen Schwäche. Es kündigt einen geradezu phänomenalen geistigen Tiefstand der herrschenden Kreise an. Die Klassenbewußten Arbeiter werden sich stets gegen die Prügelstrafe wenden, weil sie begreifen, daß dieselbe ein Zubehör finsterner Zeiten ist und daß sie die Menschenwürde verletzt. Das begreift eben der große und der kleine Bourgeois so wenig wie der Junker. Diese Elemente denken in ihrem Klassendünkel gar nicht daran, daß die Prügel, bei dem heute so häufigen plötzlichen Sturze der Epistelen, bei täglichen Deffassierungen, auch einmal sie selbst erreichen könnte; so weit sehen sie nicht. Sie denken, wenn sie von der Prügelstrafe reden, an die Kerker der Armen, an jene Elemente, die sie „Landstreicher“ und „Vagabunden“ nennen, und andere. Würde man die Wiedereinführung der Prügelstrafe so formulieren, daß dieselbe auf die Missethäter in allen Klassen angewendet werden könnte, dann würden die oberen Zehntausend ein wenig erschrecken.

Aber der Tiefstand, von dem die Rede ist, offenbart sich auch in anderer Richtung. Man weiß bei den herrschenden Klassen nicht mehr recht, was man will. Die Bekämpfung der Verbrechen ist allerdings keine leichte Sache. Allein da heißt es doch vor allen Dingen nach den Quellen forschen und sich über die Beweggründe informieren. Dazu ist der Durchschnittsphilister viel zu dumm, denn so etwas erfordert Arbeit, Studium, Nachdenken. Da ist es natürlich viel einfacher, aus der reichgefüllten Kumpelkammer der

Reaktion den Prügel heranzuholen, ihn zu schwingen und zu krüllen: „Seht, das ist das unfehlbare Mittel!“ — Aber erreicht ist damit wahrlich nichts.

Die Arbeiterklasse kann demgegenüber eine gewisse Genugtuung empfinden: sie hat das Recht, überlegen auf Gegner hinabzusehen, die gegen gesellschaftliche Schäden keine anderen Mittel kennen. Sie kann daraus auch nicht nur die Zuversicht schöpfen, daß es ihr gelingen wird, gelingen muß, solchen Händen die politische Macht, die heute so sehr mißbraucht wird, zu entwenden — sie kann daraus sogar ein Recht darauf ableiten, denn die öffentliche Wohlfahrt erhöht gebietend, daß eine Klassenherrschaft beseitigt wird, welche geradegu kulturenfeindlich wirkt.

Tausendmal lesen wir in den bürgerlichen Blättern, die Kultur sei von der Sozialdemokratie bedroht. Diese freche Lüge wird natürlich von dem dummen Philistertum wie ein Evangelium geglaubt. Soweit es aber noch denkfähige Menschen gibt, so müssen sie mit uns ein sein, daß Leute, die gesellschaftliche Schäden mit dem Prügel karrieren wollen, sich noch nicht über das geistige Niveau der Wotolaber und Kaffern hinaus entwickelt haben. Bei diesen Wölfen könnte man das Verlangen nach der Prügelstrafe allenfalls begreiflich finden. Aber Kulturmenschen darf sich keiner nennen, der dem Prügel heute noch eine gesellschaftskritische Mission zuschreibt.

Hoffen wir, daß das deutsche Volk vor der Schmach der Wiedereinführung der Prügelstrafe bewahrt bleibt.

Rußland und Japan.

Vom Kriegsschauplatz ist auch heute nur wenig zu berichten, zumal die Operationen sowohl zu Lande wie zur See durch die Ungunst der Witterung in der letzten Zeit stark beeinträchtigt worden sind. Den „Times“ wird aus Nankin vom 8. d. Mts. gemeldet: „In der ganzen Süd-Mandschurei sind durch starke Regengüsse die Eisenbahnen überflutet und die Straßen unwegsam gemacht. Die Ferntelegraphen sind unterbrochen, der Verkehr durch das Land ist lahmgelegt.“ Gleichzeitig hindert seit einigen Tagen starker Sturm die Bewegungen der Flotte des Admirals Togo, die nach einer Meldung der „Daily News“ aus Tschifu seit Sonnabend zwischen Tschifu, Weihaiwei, Port Arthur und den Elliot-Inseln kreuzt. In dem Telegramm wird hinzugesetzt, daß 35 000 Japaner sich an den letztgenannten Inseln befinden; sie seien bestimmt, an der mandchurischen Küste zu landen. In der Östernacht — das russische Osterfest fand acht Tage später statt — wurde allgemein ein neuer Angriff der Japaner auf Port Arthur erwartet und daher energische Schutzmaßnahmen getroffen. Der Viceadmiral Makarow, welcher allmächtig die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen persönlich überwacht, verbrachte die Östernacht auf einem Wachboot. Der Gottesdienst in der Kirche wurde bei verhängten Fenstern zelebriert. Nur dieser Umstand, mit der rings um die Kirche sowie in der ganzen Stadt herrschenden Dunkelheit erinnerte an die Möglichkeit eines feindlichen Angriffs. Der Östersonntag verlief ganz ruhig, in Feststimmung und bei gutem Wetter. Die Truppen verlebten das Fest auf ihren Positionen in gehobener Stimmung. Dienstag feierte das russische Geschwader, welches aus allen großen Schlachtschiffen und Torpedobooten besteht, das zu einer Kreuztour weit in See gegangen war, in den Hafen zurück. — Aus St. Petersburg meldet der „Vol. Anz.“: General Plag teilte auf eine Anfrage mit, die aus Sinesischer Quelle kommende Nachricht, es sei den Japanern gelungen, den Salu zu überschreiten, und es habe ein Gefecht zwischen ihrer Vorhut und einer großen russischen Abteilung stattgefunden, sei vollkommen erfunden. Schließlich sei noch bemerkt, daß es nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Tokio den Japanern gelungen ist, den im Hafen von Tschumulpo gesunkenen russischen Kreuzer „Warjag“ wieder zu heben; hierdurch seien die Kosten des Brandangriffs auf Port Arthur gedeckt.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 12. April 1904.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten.

Der Reichstag hat am Dienstag seine Arbeiten nach der Osterpause wieder aufgenommen. Der Präsident konnte ein ziemlich gut besetztes Haus begrüßen, bei dem es allerdings zweifelhaft war, ob sich die zur Beschlußfähigkeit notwendige Anzahl Mitglieder zusammengefunden hatte. Beinahe wäre es gleich beim ersten Gegenstand der Tagesordnung zu einer Probe gekommen. Es handelte sich um den Gesetzentwurf, der das Münzgesetz abändert und an Stelle der jetzigen Fünfzigpfennig-Stücke, die häufig mit Behauptung Stücken verwechselt werden, die Ausprägung neuer Münzen anordnet. Von diesen Münzen lagen einige Proben auf dem Tisch des

Hauses, aber sie fanden nicht allgemeinen Beifall. Die neue Münze ist kleiner und dicker als die alte, sie hat einen wulstigen, gezackten Rand und trägt als Inschrift die Worte: $\frac{1}{2}$ Mark. Während das Zentrum und die liberalen Parteien sich mit der Vorlage einverstanden erklärten, hielt unsere Fraktion, für die Genosse Wurm sprach, ebenso wie die Konservativen, eine Kommissionsberatung für erforderlich. Die Abstimmung blieb zweifelhaft. Unter großer Heiterkeit des Hauses einigte sich aber schließlich das Bureau dahin, daß die Mehrheit sich für Kommissionsberatung entschieden hätte. So ging die Gefahr einer Auszählung vorüber.

Ungleich wichtiger als dieser kleine Gesetzentwurf, der das Haus doch länger, als man vermuten konnte, in Anspruch genommen hatte, war die Fortsetzung der Staatsberatungen, die mit dem Etat des Reichskanzlers einsetzte. Hierzu war der Reichskanzler erschienen. Und da sich auch sein getreuer Gehilfe, der geheime Legationsekretär Samann im Hause aufhielt, so lag die Vermutung sehr nahe, daß Graf Bülow sich eine Rede über die auswärtige Lage und die Jesuitenfrage abnötigen würde. Die Erwartung wurde auch nicht getäuscht. Freilich gingen zunächst zwei kleine Schärmügel voran.

Dr. Spahn hatte sich über eine „milde gesagt“ starke Unhöflichkeit der preussischen Regierung gegenüber dem Reichstage zu beklagen. Im Saarrevier sind bei der Wahl des Oberbergamts Pringe die üblichen Wahlbeeinflussungen vorgekommen; der Reichstag hat Erhebungen beschloffen, die preussische Regierung aber macht einen Strich durch diesen Beschluß, indem sie ihre beteiligten Beamten nicht von der Amtsbewahrung entbunden hat. Dagegen ist ein Redakteur, der solche Wahlbeeinflussungen behauptet hatte, wegen Beleidigung verurteilt worden, obwohl ihm der Wahrheitsbeweis durch die amtliche Verfestigung der als Zeugen vorgeladenen Beamten unmöglich gemacht worden ist. Staatssekretär Nieberding erwiderte dem Zentrumsführer mit ausgefuchter Höflichkeit und versprach ihm, im Bundesrat dafür Vorkehrung zu treffen, daß den Beschlüssen des einen gesetzgebenden Faktors des Reiches die notwendige Berücksichtigung geschenkt würde. Öffentlich bleibt es nicht bloß beim Versprechen! Dann wies Genosse Dr. David auf den Widerspruch hin, der in Sachen der Schiffahrtsabgaben zwischen den Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag und der Erklärung des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten im Abgeordnetenhaus klappt. Der Reichskanzler hatte die Frage, ob Artikel 54 der Reichsverfassung auch die Abgabefreiheit auf regulierten Strömen garantiert, mit einem unzweideutigen „Ja“ beantwortet. Herr Budde aber hatte die Erhebung von Gebühren für die Benutzung künstlich geschaffener Flußkorrekturen in Aussicht gestellt. Unser Redner wies auf den Zusammenhang der Budde'schen Erklärung mit der Kanalvorlage hin. Da die Konservativen Gegner der Abgabefreiheit auf den Flüssen sind, weil sie die Einfuhr importierten Getreides möglichst erschweren wollen, so stellt man ihnen eine Aufhebung der Abgabefreiheit, die die Arbeiter im Transportgewerbe und die Kommuniten belasten würde, in Aussicht, um sich gut Wetter für die wasserwirtschaftlichen Vorlagen zu sichern. Graf Posadowsky, der an Stelle des Reichskanzlers antwortete, hütete sich wohlweislich, auf diesen Teil der Angelegenheit einzugehen. Er begnügte sich damit, den Widerspruch zwischen den Äußerungen des Reichskanzlers und des Herrn Budde in Abrede zu stellen, und, was wichtiger ist, darauf hinzuweisen, daß die Verträge zwischen Holland und Oesterreich zur Zeit jedenfalls die Erhebung von Abgaben auf Rhein und Elbe unmöglich machen.

Im letzten Abschnitt der Sitzung erhob sich Herr Dr. Sattler, um die offenbar vorher vereinbarte Anfrage an den Reichskanzler wegen der Vorgänge auf dem Gebiete der äußeren Politik zu richten. Er tat es mit jener die aufgetragenen Bescheidenheit, die der nationalliberalen Mannessele ansteht, wenn sie sich nach dem geheimnisvollen Wirken der Diplomatie erkundigt. Den Schluß der Redner übte ein matter Angriff auf den Kuhhandel, den der Reichskanzler mit dem Zentrum gewohnheitsmäßig betreibt. Graf Bülow, der doch vorbereitet sein konnte, sprach außerordentlich schlecht. Er legte dem Hause eine breite Beilettappe vor, auf der auch nicht ein Fettkorn schwamm. Seine Mitteilungen über die äußere Lage waren so inhaltslos wie möglich. Er bestritt, daß sich eine Verchiebung in der Politik der Weltmächte herausbilde und sah auch in dem englisch-französischen Abkommen kein Anzeichen dafür. Wie sehr sich die Bülow'sche Politik von Rußland abhängig macht, dafür war die Mitteilung besonders charakteristisch, daß eine pessimistischere Beurteilung der Dinge im Osten durch die deutsche Regierung und ihre Presse schon deshalb unzumutbar gewesen wäre, weil sie Rüstungen in Petersburg hätte hervorrufen können. Ueber Südwestafrika und Ostafrika hatte der Reichskanzler trotz seines Wortschwallens Neues nicht zu sagen. In der Jesuitenfrage bestritt er Konzeptionen an den Ultramontanismus gemacht oder Bundesregierungen vergewaltigt zu haben. Er versicherte, wie im Abgeordnetenhaus, daß er ohne das Zentrum verfassungsmäßig nicht regieren könne. Mit einem Nachruf auf die

Gefallen in Südwestafrika, das mit allen Kräften festgehalten werden soll, schloß die Rede des Reichskanzlers, die ohne jeden Eindruck blieb. — Mittwoch geht die Debatte weiter.

64. Sitzung. Vormittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Frhr. v. Stengel, Graf Posadowski.

Präsident Graf v. Helldorf: Beim Wiederbeginn unserer Arbeiten nach der Osterpause begrüße ich die Herrn Kollegen auf's Herzlichste. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste zweite Beratung einer Novelle zum Münzgesetz, welche die Einführung neuer 50 Pfennig-Stücke vorseht.

Reichsstaatssekretär Frhr. v. Stengel: Trotz der Umprägung der 50 Pfennig-Stücke im Jahre 1877 sind die Klagen über die schwere Unterscheidbarkeit der 10 und 50 Pfennig-Stücke nicht verstimmt. Nach langen Erörterungen sind wir nun dahin gekommen, daß eine nachhaltige Verbesserung nur durch eine Verstärkung der Regierung erreicht werden kann. Wählt man statt des jetzigen Verhältnisses von 900 Teilen Silber und 100 Teilen Kupfer für 50 Pfennig-Stücke 750 Teile Silber und 250 Teile Kupfer, so wird bei unvänderlichem Feingewicht, durch vermehrte Beimischung von Kupfer, das Volumen der Münze größer, diese also dicker. Ich bitte Sie, die Vorlage, die einem dringenden Verlehdürfnis entgegenkommt, anzunehmen.

Dr. Spahn (Z.) bittet, der Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

Dr. Arendt (R.) hält eine Kommissionsberatung für notwendig. Nebenher fragt an, ob die Regierung, wie die Zeitungen berichten, für Ostafrika ein besonderes Kolonialgeld zu schaffen beabsichtigt, und des weitern, ob es richtig ist, daß die unsere Truppen nach Afrika mitgegebenen neuen Fünfmarsstücke dort nicht kursfähig sein sollen.

Frhr. v. Stengel bestreitet die Möglichkeit des Gerüchtes, daß die silbernen Fünfmarsstücke in Südwestafrika nicht kursfähig sein sollen.

Stell (ZP.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage und hält eine Kommissionsberatung nicht für notwendig.

Wurm (SD.) befürchtet, daß die neuen 50 Pfennig-Stücke wieder zu sehr den 5 Pfennig-Stücken ähneln werden. Am besten wäre es vielleicht, den Silbergehalt herabzusetzen und die Münze wesentlich zu vergrößern. Die 50 Pfennig-Stücke werden zwar dann den Gummarsstücken mehr ähneln werden, aber doch leichter herauszufinden sein, als jetzt oder nach der Vorlage. Jedenfalls halte ich eine Kommissionsberatung für nötig, um zu prüfen, wie wir dem Interesse der Arbeiter und kleinen Handwerker besser dienen können. (Bravo! h. d. S.)

Dr. Sieber (R.) wünscht eine geschmackvollere Ausprägung der 50 Pfennig-Stücke. Man solle nicht in denselben Fehler verfallen, wie bei den neuen 5 Mark-Stücken, möchte geradezu eine Bruchlinie alles künstlerischen Empfindens darstellen. Das Wichtigste wäre, unter würdigen Umständen einen Wettbewerb für schöngeformte Münzen auszusprechen. (Zeh. Bravo!)

Kaas (L.) schlägt sich der Kritik der beiden Vorredner an dem ungeschicklichen Leiter vom Reich v. Dr. Arendt, sondern das ganze deutsche Volk eine Träne der Sehnsucht nach. (Heiterkeit.)

Dr. Paetz (ZP.) spricht sich gegen eine Kommissionsberatung und für verneinte Prägung der Fünfmarsstücke aus.

Frhr. v. Stengel: Das Fünfmarsstück mag sich verhältnismäßig viel leichter ab, als das Zwanzigmarsstück. Für den Verkehr der kleinen Leute eignet sich jedenfalls am besten das Silbergeld.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kirch (Z.) schließt die erste Beratung. — Für den Antrag Arendt auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern erheben sich die Konservationen und die Sozialdemokraten. (Dr. Heintze.) Da die Seite des Zentrums und der Nationalliberalen sehr leicht beiseite ist, verfährt Graf Posadowski unter erneuter Heiterkeit des Hauses, daß das Bureau sich über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft sei. Bei Vornahme der Gegenprobe einigt sich das Bureau dahin, daß jetzt die Wiederkehr steht. — Der Antrag Arendt ist also angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichskanzlers. Am Bundesratsstisch haben noch Staatssekretär Dr. Nieberding und Frhr. v. Richterhoffen Platz genommen.

Hierzu liegen Resolutionen der Sozialdemokraten und des Zentrums vor, die sich auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Staatsverwaltungen und auf die Subventionsbedingungen für Staatsleistungen beziehen. — Auf Antrag Singer (SD.) wird beschlossen, diese Resolutionen nach Beendigung der allgemeinen Diskussionen gesondert zu beraten.

Dr. Spahn (Z.): In der vorigen Session sind die Äußerungen über die Erhebungen zu den Beamtenbesoldungen der Wahl des Abg. Prese nicht mehr an uns gelangt. Ein unwiderleglicher gegen den Reichskanzler gerichteter Protest hat es sehr wahrscheinlich gemacht, daß bei dieser Wahl keines der Beamten schwere Kapitalverurteilungen entgegen haben. Unzulässig erachtet es uns, daß, nachdem die Sachverhalte ungenügend Erhebungen angeordnet worden sind, die Regierung von Beamten die Regel der Amtsverhältnisse entgegenhält. Das Verhalten stellt eine Erhebung der Regierung über den einen gesetzgebenden Faktor des Reiches dar. (Zeh. Aufrege.) Ich bitte Sie, die Regierung unzulässig macht, die Regierung keiner Mitglieder künftig nicht ausreißend zu prüfen. Der Reichskanzler ist verurteilt worden, obgleich es ihm dadurch, daß man den Beamten die Auslage verbietet, unzulässig gemacht werden ist, den Sachverhalt zu klären. Das ist zwar vollkommen gerechtfertigt, aber unzulässig, sollte in solchen Fällen Verurteilung eintreten. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die letzte Frage wird in der Kommission zur Reform der Staatsverwaltungen vollständig erledigt werden. Neben der ersten Frage ist dem Reichskanzler und der Reichsregierung ein vollständiges nicht bekannt. Ich erlaube aber an, daß die Stellung des Reichskanzlers verlangt, daß alle Beamten eine mögliche Rücksicht auf die von ihm beabsichtigten Erhebungen nehmen. Es werden uns mit den Staatsverwaltungen in Verbindung setzen und die hier gegebene Anregung in möglichster Eile erörtern.

Dr. David (SD.): Die Erklärung, die der Reichskanzler bei Beginn der Sitzungsperiode über die Gehaltsverhältnisse abgab und die später dazu bestimmt war, die große Unzufriedenheit der Beamten, namentlich des höheren Grades, zu beschwichtigen, steht in unabweisbarer Widerspruch zu der Erklärung in derselben Angelegenheit, die Herr Posadowski im Abgeordnetenhaus abgegeben hat. Welche der für diese Erklärung als präzipitäre Ministerpräsidenten verantwortliche Reichskanzler einen einmal ausgesprochenen Satz, daß er kein Staatsbeamter sei? (Sehr gut! bei den SD.) Der entsprechende Beamte bei der

Angelegenheit ist: dürfen Abgaben erhoben werden bei Vertiefungen und Korrekturen der Fahrtrassen natürlicher Wasserläufe? Garantiert Art. 54 der Reichsverfassung auch die Abgabefreiheit auf regulierten Strömen oder nicht? Der Reichskanzler beantwortete diese Frage mit einem unabweisenden Ja. Herr Budde dagegen sagt, es läge durchaus im Rahmen des Art. 54, daß auch auf natürlichen Wasserläufen für Benutzung künstlich geschaffener Korrekturen Gebühren erhoben werden können. Ich bin auf die Lösung dieses Widerspruches sehr gespannt. Ich erlaube mir diesen Widerspruch aus dem Zusammenhang der Frage mit den wasserwirtschaftlichen Vorlagen in Preußen. Unter den Bedingungen, die der freikonservative Abg. v. Jedlig im „Tag“ für die Zustimmung der agrarischen Interessenten zur wasserwirtschaftlichen Vorlage aufgestellt hat, befindet sich auch die, daß die preussische Regierung in Schiffahrtsabgaben auf planmäßig regulierten Strömen einwilligen soll. Die Agrarier rechnen so: Auf den großen Strömen werden die Wasserarbeiten des oberirdischen Transportes, besonders Getreide, eingeführt. Unterbindet man durch Schiffahrtsabgaben diese Einfuhr, so wird die Gefahr befreit, daß das fruchtbarste dem Export ausländischen Brotgetreides dienlich gemacht wird. Preußen will hierin den Agrariern offenbar nachgeben. Aber das deutsche Volk lehnt es ab, diese Rechnung für die wasserwirtschaftlichen Vorlagen Preußens zu zahlen. Die Regierung könnte ihren Willen ja auch durchsetzen, wenn sie sich zu größerer Energie gegen die Junker aufstellen wollte. (Lautes Lachen rechts.) Die Schiffahrtsabgaben schädigen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf das Schwerste. Das Transportgewerbe würde die Kosten dieser neuen Steuer auf die Arbeitermassen, die in der Schiffahrt tätig sind, abwälzen können, dann aber würden durch eine Preisverhöhung die Konsumenten erheblich belastet werden. Das wäre namentlich bei denjenigen Massenartikeln möglich, deren Produktion so monopolisiert ist, daß die Monopolhalter jede Transportversteuerung auf die Masse der Konsumenten abwälzen könnten, zum Beispiel bei Petroleum und Kohlen. (Bravo! bei den Sozialisten.)

Staatssekretär Graf Posadowski: In der Petitionskommission, die sich mit der gleichen Frage befaßt, hätte Herr Budde Gelegenheiten gehabt, nachzuweisen, daß zwischen seiner Erklärung und der des Reichskanzlers kein innerer und geschlicher Widerspruch besteht. Ich bedauere deshalb, daß hier schon die Frage aufgerollt wird. Bei der Stellung des Reichskanzlers als preussischer Ministerpräsident ist ein Widerspruch zwischen ihm und Preußen vollkommen ausgeschlossen. Würde sich ein Widerspruch in der praktischen Ausführung einer Bestimmung der Reichsregierung zwischen einem anderen Bundesstaate und dem Reichskanzler ergeben, so würde der Bundesrat zur Entscheidung dieser Frage berufen sein. Was die Sache selbst anbetrifft, so ist es unabweislich, daß nach der Reichsverfassung auf natürlichen Wasserläufen Abgaben nicht erhoben werden dürfen. Aber zweifelhaft ist: auf welchen Strecken und unter welchen Verhältnissen kann man natürliche Wasserströme, die durch Durchlässe in ihrem Laufe verbessert werden, für künstliche ersetzen, und wenn man zugestimmt, daß eine natürliche Wasserstraße trotz einer Verbesserung eine natürliche geblieben ist, unter welchen Umständen ist ein Zuschlag zur Erhebung von Steuern abgaben notwendig? Der Vorredner hat auf die wirtschaftlichen Folgen hingewiesen, die die Erhebung von Steuern auf Rhein und Elbe haben würde. Da kann ich ihn beruhigen. Im preussischen Staatsministerium hat Minister Budde auch nicht den leisesten Gedanken geäußert, auf Rhein und Elbe Abgaben zu erheben. Da das allerdings bei den wichtigsten Verkehrsströmen der Schiffahrt und bei den kolossalen Ausgaben für Verbesserung der Ströme immer der Fall sein wird, muß eine offene Frage bleiben. Zunächst aber sind wir Holland und Österreich gegenüber vertragsmäßig gebunden, auf Rhein und Elbe freie Schiffahrt zu gewähren. In einer Verringerung wären neue Abmachungen notwendig, und die beiden Staaten werden keinem Vertrage zustimmen, der der Schiffahrt nachteilig ist. (Bravo!)

Dr. Sattler (R.): Solange die Fragen, die Deutschland jetzt tief bewegen, nicht von anderer Seite und in anderer Form in die Diskussion gezogen werden, will ich mich begeben, dem Herrn Reichskanzler antwortzugeben, inwiefern er meine Anfragen beantworten will. Will er uns mitteilen, wie sich Deutschlands Stellung in der auswärtigen Politik durch die jüngsten Ereignisse verhalten hat? Will er uns mitteilen, wie weit die Verhandlungen zwecks Abschluß neuer Handelsverträge vorgeschritten sind? Kann der Reichskanzler uns neue Mitteilungen über die Lage in Süd-West-Afrika machen? — Die innerpolitische Lage Deutschlands weist ebenso wie seine schwierige auswärtige Lage gebieterisch auf die Notwendigkeit hin, daß sich alle patriotischen Elemente eng zusammenlagern. Da sollte nicht ein Teil unserer ja leider immer religiös und konfessionell zerrissenen Bevölkerung vorübergehende Macht dazu benutzen, einseitig Vorurteile für sich zu erheben und dem anderen Volksteil schwere Wunden zu schlagen. (Ironisches Lachen rechts.) Ich will nicht wieder von Kolonialhandel sprechen, aber ein Unterraum läßt die letzten großen Zugeständnisse an den Ultramontanismus nicht mit wichtigen politischen Entscheidungen zusammenfallen, für die unsere Regierung die Zustimmung des Volkes gebraucht. Dabei hat man auf das Gebot der evangelischen Bevölkerung nur allzuwenig Rücksicht genommen; jetzt herrscht auch das Gefühl in der Bevölkerung vor, daß die anderen Bundesstaaten bei Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht mit der erforderlichen satten Rücksicht behandelt worden sind. All das mag nicht zur Förderung des konfessionellen Friedens beitragen, sondern regt die Kreise aufeinander, die zusammenwirken sollen und müssen. Gegen dieses Vorgehen protestieren wir mit dem ganzen Innern der Ueberzeugung, der uns zur Befugung steht. (Zeh. Beifall h. d. Rath., Lachen im Zentrum.)

Reichskanzler Graf Bülow: Der Herr Vorredner wird mir selbst zugeben, daß seine Fragen in bezug auf die auswärtige Politik leichter zu stellen als zu beantworten sind. Er hat speziell von einer Vergrößerung der europäischen Lage gesprochen. Bezieht sich diese Vergrößerung auf das vor einigen Tagen in die Depeschenliste gelangte französisch-englische Kolonialabkommen, so bemerke ich, daß sich die englischen Minister erst heute Abend im Parlament über das Abkommen ausgesprochen haben und daß die französischen Minister sich noch nicht ausgesprochen haben. Ich will über diesen Punkt heute daher nur soviel sagen, daß wir keine Ursache haben, anzunehmen, daß dieses Abkommen eine Spitze gegen irgend eine andere Macht hat. Es ist mir sehr unangenehm, wenn man einen Versuch zu handeln, die Differenzen zwischen Frankreich und England auf dem Wege äußerlicher Verständigung zu beseitigen. Ein gemeinsames Verständnis zwischen Frankreich und England ist aber für Deutschland schon deshalb nicht zu wünschen, weil es eine Schwächung des Weltfriedens wäre. — Was den Grenzpunkt des Abkommens, Marokko, angeht, so liegt im Grund nur an, zu bestimmen, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko von einer anderen Macht irgendwie

mischet oder verlegt werden könnten. — Unsere Haltung in Marokko ist sehr einfach. Nachdem es leider nicht gelungen ist, den Frieden dort aufrecht zu erhalten, tun wir alles, was uns möglich ist, damit aus dem Duell im fernem Osten sich kein Weltkrieg entwickelt. Direkt werden deutsche Interessen dort nicht berührt, daher halten wir uns neutral. Diese Neutralität ist auch das beste Mittel, um unsern Handel dort vor Schädigungen zu bewahren. Es ist uns vorgeworfen, wir hätten uns durch den Ausbruch des Krieges überraschen lassen, ja wir hätten durch unbegründeten Optimismus andere zu trügerischer Sicherheit verleitet. Darauf könnte ich erwidern, daß die leitenden Minister in London, Paris, Petersburg und selbst die japanischen Vertreter in Paris und Petersburg tatsächlich von dem Ausbruch des Krieges überrascht worden zu sein scheinen. Ich könnte auch betonen, daß selbst diejenigen nicht japanischen Staatsmänner, die der Ansicht waren, daß der Krieg vorangehe, bald Dampf geben würde, nicht voraussehen konnten, daß die Regierung in Tokio für den Abbruch der diplomatischen Verhandlungen gerade den Augenblick wählen würde, den sie gewählt hätte. Wir vor Ausbruch des Krieges eine pessimistisch-Grunde gehabt, so würde das in St. Petersburg nicht mit Unrecht Mißtrauen erregt haben; wir mühten uns ruhiger bleiben als alle anderen im Zentrum der europäischen Politik, da wir noch weniger interessiert waren. Unser Eintreten für die Neutralität Chinas hat das klare und einwandfreie Motiv, daß die neutrale Haltung Chinas viel dazu beiträgt, daß sich aus dem Krieg in Ostasien nicht ein Weltkrieg entwickelt. Herr Dr. Sattler hat zwar die Notwendigkeit des Friedens unter den Konfessionen, für den ich stets eingetreten bin, betont, er hat aber doch leider in sehr allgemeinen Wendungen verschiedene Angriffe gegen die Haltung der Regierung auf kirchenpolitischem Gebiet gerichtet. Ich wäre ihm dankbar, wenn er mir sagen wollte, welche Zugeständnisse ich dem Ultramontanismus auf Kosten der Interessen des Reiches gemacht habe. Ich bestreite auf das entschiedenste, daß er mir einen solchen Fall nennen kann. Wenn aber Herr Sattler ein Mittel weiß, wie ich die Geschäfte des Reiches in der Erfüllungsmäßiger Weise führen kann ohne jede Rücksichtnahme auf die stärkste Partei in diesem Hause, dann herab mit diesem Rezept! Wenn er ein solches Rezept nicht kennt, so ermahne ich ihn, Vorgehen an jenen kleinen Fürsten, der seinem Minister befohlen, er möchte sein Volk glücklich machen. Wie er das aber machen sollte, das sagte Serenissimus dem Minister nicht. (Dr. Heiterkeit.) Abgesehen von Herrn Sattler haben alle führenden Geister der Nationalliberalen für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt. Jedenfalls darf man mir nicht Schädigung des Protestantismus, Gang nach Canossa, Ruhhandel und wie die Schlagworte alle heißen, vorwerfen, wenn ich einen mit großer Mehrheit vom Reichstag gefaßten Beschluß akzeptiere. Wenn Herr Sattler andeutete, im Bundesrat wären einzelne Staaten überstimmt und vorgewagt worden, so erkläre ich auf das allerentschiedenste, daß die vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten in keiner Weise verlegt oder erschüttert worden sind. Mit den Verhältnissen in Südwest-Afrika werden wir uns besser beim Kolonialetat befassen. Jedenfalls denken wir nicht daran, auch nur einen Fußbreit dieses Bodens aufzugeben, auf dem deutsches Blut geflossen ist. Wir werden alles tun, um die Ausführe, die sich gegen unsere Autorität erhoben haben, in ihre Schranken zurückzuweisen. Mit Behmut gedanken wir unserer Taten, aber auch mit freudiger Gemüthung über die Tapferkeit, die sie bewiesen haben. (Beifall.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Dachau.

Ein totgeborenes Kind. Der Bund der Handwerker, für den seit einiger Zeit Propaganda gemacht worden ist, hat sich am Sonntag in Berlin gebildet. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Obermeister Dietz-Erfurt, 2. Vorsitzender Obermeister Seiffert-Greifenberg i. S., Geschäftsführer Voigt-Friedenau bei Berlin. Der Jahresbeitrag wurde auf 2 Mk. festgesetzt und die Schaffung eines Bundesorgans beschlossen. In dem Aufruf zur Gründung des Bundes war an positiven Vorschlägen kaum etwas enthalten. Das am Sonntag genehmigte Bundesprogramm schlägt zur Hebung des Handels u. a. die Einführung von Gewerberegistern, die Schaffung eines Handelsministeriums, staatliche Alters- und Invalidenversicherung für selbständige Handwerker, Abänderungen der Vorschriften über das Submissionswesen, die Einführung des Befähigungsnachweises vor. — Der Bund ist also eine Schöpfung der Samungschwärmer und wird, wie viele, nichts erreichen.

Wilhelms Werke in Russland verboten. Der ultramontane „Westfälische Merkur“ in Münster berichtet, daß seine Nummer mit Graf Bülow's Rede über die Ausweisung der russischen Studenten in Warschau wegen Gefahr politischer Verheerung von der Departements-Zensurbehörde beschlagnahmt worden ist. Russland denkt offenbar: Wenn Gott mich nicht vor meinen Feinden schützt, muß ich mich selber schützen. Es ist nur schade um die schönen Bitate, mit denen die Rede geputzt war.

Wozu die Kontrollversammlungen benutzt werden. Die Kontrollversammlungen werden jetzt schon zur Agitation für die patriotischen Kriegervereine benutzt. In Celle forderte ein Bezirksoffizier bei der Kontrollversammlung die Mitglieder vom Kriegerverein auf, vorzutreten. Aber, o Graus, von 200 Kontrollpflichtigen traten 8 Mann vor. Darauf sprach der Offizier: „Ich kann Ihnen nicht genug die Kriegervereine empfehlen. Diese sind nicht dazu da, Feste zu feiern und Paraden zu tufen, sondern die Mitglieder zu unterstützen. Jeder wird mit offenen Armen aufgenommen. Es tut mir wirklich leid, daß nur diese paar Mann Mitglieder der hiesigen Kriegervereine sind. Hoffentlich werden es nächstens mehr sein. Jeder unabhängig dem Lande kann gehört in den Kriegerverein.“ Nach diesen Worten erhob sich in den Reihen der Leute ein großes Gemurmel. „Ich verbitte mir jedes Gemurmel, ob nun Beifall oder sonstiges Gemurmel!“

Breisaufrage für bürgerliche Nationalökonomien. 300 000 Mk. binnen 24 Stunden hat der Berliner Kaufmann B. verdient. Ein Warenhaus hatte die Absicht, auf einem Grundkomplex am Berliner Alexanderplatz eine Filiale zu errichten. B. hatte es indes verstanden, sich rechtzeitig mit 2400 000 Mk. das Vorkaufsrecht zu sichern, und verkaufte noch am selben Tage das Grundstück an die Warenhausbesitzer, wofür er 2 700 000 Mk. erhielt. Da er

der Kapitalgewinn bekanntlich eine Prämie für Intelligenz und ein Entbehrungslohn ist, wird gesagt: Um wieviel übersteigen die Intelligenz und die Entbehrungen des Kaufmanns die jene des Philosophen Baruch Spinoza, der den „Theologisch-politischen Traktat“ schrieb und sich seinen Lebensunterhalt durch Schneiden von Brillengläsern verdiente? Erster Preis: eine in Schweinsleder gebundene Prechtensgabe von Euren Richtern „Lehren der Sozialdemokratie“, zweiter: die Entfaltung des Fortmachers Fischer über die sozialdemokratische Partei, dritter: des Grafen Bülow sämtliche Reden. Wer hat Lust?

Der schwere Mißhandlung eines Straflings Namens Biesefeld aus Eisenfeld machte sich, wie die „Volkszeitung“ berichtet, im Gefängnis an der Kladenstraße in Düsseldorf der Gefangenenaufseher Richter schuldig. Er fiel kurze Zeit darauf besinnungslos zu Boden und starb am folgenden Tage, ohne das Bewußt zu wiedererlangen zu haben, im Gefängnislager. Die angeordneten Ermittlungen müssen erst noch ergeben, ob der Tod mit der Mißhandlung in Zusammenhang zu bringen ist.

Die Opfer fälischer Kolonialpolitik. Der Gesamtbereich in Südwest-Afrika beträgt bis 1904: 13 Offiziere, 75 Mann; demnächst: 9 Offiziere, 47 Mann. Alle diese imkühnen Opfer an Weissen und Menschenschindeln wären völlig unnötig gewesen, wenn man den Herrschenden wirkliche Kultur gebracht hätte, anstatt sie mit kapitalistischer Zügellosigkeit zu belegen.

Neue politische Nachrichten. Aus angeblich bester Quelle verlautet, Kardinal Kopp werde durch Verletzung der am meisten kompromittierten oberösterreichischen Geistlichen eine Gefundung und Verwirklichung der oberösterreichischen Verhältnisse herbeiführen. — Die Nummer 13 der Berliner Lustigen Blätter von vorvergangener Woche wurde in München wegen der „Antoniuswunder“ konfisziert. — Die von Mitgliedern des Heideberger Stadttheaters im Apollotheater in Mannheim geplante Aufführung des Stückes „Aus einer kleinen Garnison“, Szenen nach dem Roman von Bülow, ist von der Polizeidirektion verboten worden. — Der Ständerat in Bern nahm einstimmig ein Gesetz über Neuordnung der Feldartillerie an. Darnach sollen aus dem neuen Artilleriematerial 72 Batterien zu vier Geschützen gebildet werden. — Der öfterreichische Reichsrat wird zum 19. April einberufen werden. — Nach einer Drohung aus Kopenhagen steht die Veröffentlichung einer gemeinsamen skandinavischen Neutralitätserklärung bevor. Ueber die Einzelheiten ist bereits zwischen den Regierungen Uebereinstimmung erzielt worden.

Italien. Der sozialdemokratische Parteitag in Bologna nahm mit 424 gegen 377 Stimmen die Resolution Ferri vom linken Zentrum an, die das Festhalten an der Marxistischen Theorie ausspricht und unter Ablehnung der revisionistischen Resolutionen die Tätigkeit der Partei von neuem betont.

Frankreich. Marie Böhnen. Wie über Frauen gemeldet wird, wollten Montag in Darnetal ausländische Weber nicht ausständige Arbeiter zur Einstellung der Arbeit bewegen. Es kam zu unbedeutenden Streitigkeiten, was aber trotzdem die Gendarmerie veranlaßte, einzuschreiten. Sie gab Feuer und alsbald wälzten sich mehrere Arbeiter in ihrem Blute auf der Straße.

Die Session der Generalräte (Provinziallandtag) ist Montag in ganz Frankreich eröffnet worden. Eingereicht von ihnen erhoben Einsprüche gegen die Entfernung der Christusbilder und Krustifiz aus den Gerichtshäusern. Mehrere andere beschließen ein Glückwunschadressen an den Präsidenten Loubet, weil durch das englisch-französische Abkommen der Friede in Europa gesichert und Frankreich die Möglichkeit geboten sei, sich demokratischen und sozialen Reformen zu widmen.

Spanien. Ein herzlich unbedeutender Vorfall, der sich in Barcelona zutrug, ist vom offiziellen Draht gewaltig aufgebauscht worden. Nach dieser Drohung sollte gegen den Ministerpräsidenten Maura beim Verlassen des Generalratsgebäudes ein Anschlag verübt worden sein, bei dem Maura angeblich durch einen Dolchstoß verwundet wurde. In Wirklichkeit trug sich jedoch der Vorfall wie folgt zu: Ein junger, gut gekleideter Mann stürzte sich mit geballter Faust auf den Wagen des Ministerpräsidenten und suchte diesem einen Faustschlag zu versetzen. Der Jüngling wurde jedoch sofort verhaftet. Das falsche Gerücht entstand in der Panik, die sich bei dem Vorfall der umstehenden Volksmenge bemächtigte, welche schreiend auseinanderlief. Bald aber beruhigte man sich, als sich herausstellte, daß der Angreifer überhaupt keine Waffe gehabt hatte, und als man sah, daß Maura unbeschädigt davonfuhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 13. April 1904.

Wo Proletarier schlafen! Als einer der ärgsten Uebelstände muß es bezeichnet werden, daß die Proletarier der Straße, die Kutscher und Fuhrleute, sofern sie Nachtwachen haben, gezwungen sind, in unmittelbarer Nähe der Pferde ihr Nachschloß aufzuschlagen. Kein Mensch wird wohl behaupten können, daß ein solcher Aufenthalt während der Nachtzeit ein angenehmer ist; man müßte sonst schon die Ausdünstungen der Pferde und des Stalles als Wohlgerüche bezeichnen. Das werden sich aber wohl selbst diejenigen Herren nicht vermaßen, die der Meinung sind, der Transport einer vor Schmerzen jammernenden Frau auf einer Miststrolche sei nicht so schlimm.

Dieser unhaltbare, ja unter Umständen sogar gesundheitsgefährliche Zustand ist leider auch in Lübeck noch sehr an der Tagesordnung. Die angeblich so sehr um das Wohl ihrer Kutscher besorgten Fuhrherren nehmen keinen Anstand, ihren die Nachtwache ausübenden Leuten eine durch einen Verschlag abgetrennte Stallecke als Schlafloge anzuweisen. Sie wissen, daß diese sich derartige Zustände ruhig gefallen lassen müssen, weil die Kutscher in gewerkschaftlicher Beziehung leider mit zu den rückständigsten Leuten gehören. Würden diese die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation begriffen haben und — anstatt auf einen Heiland aus Himmelshöhen zu warten — selbst mit Hand anlegen zur Besserung ihrer traurigen Lage, dann würde auch die Benutzung eines abgetrennten Teiles des Pferdestalles als Schlafraum verschwinden, dann könnte auch die Forderung, die auf dem Obern in Berlin tagenden Transportarbeiter-Kongress erhoben wurde und die

ein Verbot des Schlafens im Stall oder in mit diesen zusammenhängenden Vorhöfen, auf Heu- und Futteböden u. in sich birgt, weitaus eher verwirklicht werden, als es heute der Fall ist.

Ein derartiges gesetzliches Verbot würde auch mit zur Befreiung des Zustandes führen, der bei der Fuhrwerksfirma Ad. Longuet, Weddergrube, in Bezug auf das Schlafstellenwesen vorherrschend ist. Dort muß der Stallknecht des Nachts in einem Verschlag auf dem Heuboden kampieren. Von letzterem ist durch Bretter ein kleiner Raum abgetrennt und hier hat der von früh bis spät schlafende Boicartier seine Ruhestätte für die Nacht. In diesem „gemüthlichen“ Heim führt eine Leiter. Wie leicht ist es möglich, daß dort ein Malheur passiert, daß der Mann infolge eines Fehltrittes abhürzt und sich Arme und Beine, wenn nicht gar das Genick bricht.

Wir sind nun der Meinung, daß es in diesem Falle die Pflicht der maßgebenden Behörden ist, diese Schlafstätte beim die Leiter schleunigst einer Bestätigung zu unterziehen und auf eine Befreiung dieses traurigen Zustandes hinzuwirken. Aus diesem Grunde haben wir den Fall, der auch auf dem vorerwähnten Kongress zur Sprache gebracht worden ist, der Öffentlichkeit unterbreitet, in der Hoffnung, daß auf diesem Wege eine Abstellung des gesundheitsgefährlichen Mißstandes erreicht werden wird.

Eine Gemüths-Vertehrungs-Gesellschaft wollen, wie verlautet, die Gemüthsgeister gründen. Der Zweck dieser Gesellschaft soll die Verarbeitung der nicht abgesetzten Waren in einer eigenen Konfervenfabrik sein.

Erfolgreiche Beschwerde. Der Befragte Lu-Lowsky in der Ludwigstraße 42 hatte vom Polizeiarzte die Anweisung erhalten, die im Keller seines Hauses befindliche Waschküche wegen mangelnder Höhe zu entfernen. Hiergegen erhob L., gestützt auf eine kürzlich seitens des Senatsauschusses ergangene, dem Polizeiamt ungünstige Entscheidung in einer ähnlichen Angelegenheit, Beschwerde. Der Senatsauschuß gab nach kurzer Beratung der Beschwerde Folge und hob den Befehl des Polizeiamtes auf. Er vertrat die Auffassung, daß eine Waschküche nicht ein Arbeitsraum im Sinne des Gesetzes sei.

Verurteilung Revision. Der Kaufmann J. war am 21. Oktober v. J. wegen Verleitung des Hauptmanns Hageborn vom hiesigen Regiment zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Verlegungen wurden bekanntlich darin erblickt, daß J. in einem Brief an den Kaiser den Hauptmann der ungerechten Behandlung seines damals als Einjähriger dienenden Sohnes beschuldigte. J. war bereits früher wegen derselben Angelegenheit zu 500 Mark verurteilt worden; dieses Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht aufgehoben und darauf in der erneuten Verhandlung auf 300 Mk. Geldstrafe erkannt. Die auch hiergegen von J. angelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Aus dem Gerichtssaal. Ueberrichtung der Straßenvollzugsordnung, sowie Befreiung von Schulden brachte den Arbeiter S. am gestrigen Tage vor das Schöffengericht. S. stand am 21. März längere Zeit vor den Zentralhallen. Schließlich forderte ihn ein Schutzmann zum Weitergehen auf. Er leistete jedoch keine Folge, weshalb er zur Wache führt wurde. Hier befehligte er die Beamten. Wegen des letzteren Deliktes verurteilte das Gericht S. zu 15 Mk. und wegen der Ueberrichtung zu 3 Mk. Geldstrafe. — Trodenes Laub hatte der Schulfnabe J. im Israelsdorfer Holz zusammengeammelt und aus Freude an dem hellen Schein angezündet. Die Freude sollte ihm jedoch bald vergällt werden. Er wurde angezeigt und gestern zu 4 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Zur Kontrollerklärung haben sich am Freitag Vormittag 9 Uhr sämtliche Erbschaftsverwalter der Jahresklassen 1894 und 1895, und um 11 Uhr dieselben Mannschaften der Jahresklassen 1896, 1897 und 1898 zu melden. Aufgehoben ist nach erfolgter Schlußerteilung das Kontrollerfahren über das Vermögen der Witwe des Kaufmanns C. Stave, als alleinstehender Inhaberin der Firma Carl Hermann Stave.

Wegen schwebender Reparaturarbeiten an der Eisenbahnbrücke über die Obertrave der Rechte wird die Durchfahrt unter der Brücke in der Zeit vom 18. bis 23. April d. J. zeitweilig bis zur Dauer von zwei Tagen gesperrt werden.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Strumpfmacher aus Weimar, der sich eines Betruges zum Nachteil eines hiesigen Fabrikanten schuldig machte.

pb. Schwindel. Gegen einen Schreiber von hier, der sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen von einem Lotteriekollekteur in Eutin Gewinnscheine der Mitteldeutschen Lotterie im Werte von etwa 1800 Mark erschwindelt hatte, wurde Anzeige wegen Betruges erstattet.

Schwartau. Achtung, Parteigenossen! Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr in Sternbergs Gasthof in Hensefeld statt. Auf der Tagesordnung steht Vorstandswahl.

Malente. Eine Begegemeinderversammlung findet am morgigen Donnerstag Abend 8 Uhr bei Lorenzen statt. Auf der Tagesordnung steht: Grundgrube.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maurer in Segeberg sind Montag in den Streik eingetreten. — Zum Streik im Grabower Bauwerke wird mitgeteilt, daß sich die hausgewerblichen Arbeiter der Umgegend, die bisher Arbeitswilligendienste verrichteten, jetzt mit den Streikenden solidarisch erklärt haben. Bravo! — Infolge einer Verständigung ist der Malerstreik in Oldenburg vermieden worden. Statt des geforderten Stundenlohnes von 40 Pfg. erhalten die Maler 38 Pfg. Dagegen sind die Klempner nunmehr in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 40 Pfg. Stundenlohn für Klempner und Installateure, für Ausgelernte im ersten Jahre 30 Pfg., im zweiten Jahre 35 Pfg., für Klotzreiner 25 Pfg. extra pro Stunde.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Im Oktober 1902 wurde das Verjagboot der Lotsgeleite an der Elbmündung von dem dänischen Dampfer „Aron“, Kapitän A. Voigt, überannt, wobei der Lotsgeleite und der Matrose Witte ertranken. Die Hinterbliebenen strengten eine Schadenersatzklage gegen die Reederei des „Aron“ an und nachdem das Oberlandesgericht in Hamburg und jetzt auch das Reichsgericht dahin entschieden haben, daß eine Schadenersatzforderung gerechtfertigt sei, handelt es sich nur noch um die Festlegung der Höhe des Schadens. Die Angehörigen hatten derzeit 60000 Mk. gefordert. — In Wilster wurde ein 5jähriger Knabe von einem Lastfuhrwerk totgefahren. — Auf dem Kieler Dampfer „Royal“ brach Feuer in der aus Matten bestehenden Ladung aus; der Schaden beträgt etwa sechshundert Mark. — Sonntag Nacht brannten in Niendorf bei Dömitz die Scheunen der Erbpächter Joh. Wulack und Jungblut, sowie die des Schmieds Wille total nieder. — Montag Abend sind in Sülten bei Stavenhagen eine Schewe und ein Stall des Schlachters Carl Weiß niedergebrannt. Verbrannt sind 4 Kühe und 1 Pferd. Ein zweites Pferd

und ein Kalb hatten durch das Feuer so gelitten, daß sie getötet werden mußten.

Hamburg. Weiglin begnadigt! Der Senat hat den im Dezember 1903 vom Schwurgericht wegen verführerischen Totschlages und Mordes, bezugnehmend auf den Lotteriekollekteur David Levy in der Fruchtallee, zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus und zum Tode verurteilten Lumpenhändler Weiglin zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt. Die Sache Weiglin, der somit dem Tode entgeht, ist damit noch keineswegs erledigt, vielmehr wird sich demnächst das Schwurgericht noch einmal mit derselben beschäftigen, indem das Reichsgericht die von dem Verteidiger Weiglin eingereichte Revision anerkannt hat, soweit die Verurteilung wegen verführerischen Totschlages in Betracht kommt. Es handelt sich mithin nur um eine reine juristische Formalität, denn die Strafe wegen Mordes ist ja rechtskräftig, und länger, als ein Mensch lebt, kann man ihn nicht im Zuchthause behalten.

Kiel. Sonderbare Praktiken Kieler Arbeitgeber. Schon vor einiger Zeit teilten wir mit, daß die Kieler Eisenindustriellen in ausländischen Zeitungen Arbeitskräfte suchen, gleichviel an solchen hier durchaus kein Mangel vorhanden ist. Von einer Anzahl zugereiteter Dänen wurde unserem Kieler Parteiorgan dieser Lage nun mitgeteilt, daß kürzlich sogar im „Sozialdemokraten“ in Kopenhagen eine diesbezügliche Annonce enthalten gewesen ist. Die Herren Arbeitgeber haben sich also nicht geschämt, sogar das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokraten zu benutzen, um durchaus überflüssige Arbeitskräfte nach Kiel zu locken. — Ein neuer Trick. Die Bäder-Janung hat nunmehr vom Amtsgericht einen Beschluß erwirkt, nach welchem die Veröffentlichung der konfiskierten Bäderzeilen bei Vermeidung hoher Strafen verboten wird. Unser Kieler Parteiorgan zweifelt gar nicht daran, daß die gerichtliche Behandlung, die gegen diese „einseitige Verfügung“ stattfinden wird, deren Aufhebung u. g. herbeiführen wird, denn es kann gar nicht angehen, daß in wirtschaftlicher Hinsicht die ein Partei durch Gerichtsbeschluß einfach mundtot gemacht wird.

Bremserhaben. Schutz der nationalen Arbeit. Um seine Auswanderungspolitik wirksam betreiben zu können, ist unser vaterländisches Unternehmertum, in der Ausweitung seiner Mittel vollständig skrupellos. Deutsche Arbeiter haben sich bis jetzt nicht dazu verstanden, den in den Unternehmern in der Baugewerbe Ausgewanderten als hoch Arbeitswillige in den Rücken zu fallen, deswegen hat man seine Zuflucht zu auswärtigen Arbeitskräften genommen. Am Sonntagabend und auch am Sonntag trafen in ein Trupp italienischer Maurer hier ein, die sich die reicheren Arbeitgeber verschrieben hatten und die nun die Arbeit für die ausgesperrten deutschen Arbeiter verrichten sollten. Insgesamt waren es vorläufig etwa 20 Mann. Die irischen Schmarotzer des Arbeitgebersverbandes hatten jedoch kein Glück. Die Italiener wurden von den Ausgewanderten bereits auf dem Bahnhof aufgefangen, später mit Reisegeld versehen und wieder zurückgeschickt. Nachdem sie erfahren hatten, um was es sich handelte, verzichteten sie darauf, Arbeitswilligendienste zu leisten. Circa 50 italienische Maurer, welche ebenfalls auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes nach den Unternehmern reisen wollten, wurden bereits in Hannover über die Sachlage aufgeklärt, worauf sie bereitwillig auf die Weenreise verzichteten. Die Unternehmer hatten also auch hier das Nachsehen. — Eine Versammlung der Holzarbeiter beschloß am Sonntagabend einstimmig, unter keinen Umständen dürfen Tischler und sonstige Holzarbeiter Arbeiten für ausgesperrte Zimmerer ausführen. Montag früh sind bereits mehrere Tischler, an die ein solches Ansuchen gestellt wurde, und die in Befolgung der Solidarität auf Grund jenes Beschlusses die Arbeit verweigerten, entlassen worden. Die Situation spitzt sich immer mehr zu. Die Aussperrung dürfte noch größere Dimensionen annehmen.

Beste Nachrichten.

Hannover. Bilanzfälschung. Der Staatsanwalt leitete eine Anklage wegen Verhinderung ein gegen fünf Aufsichtsräte des bankrotten Hypothekenvereins. Zwei wurden verhaftet. Die Bilanzen sind schon seit 1896 falsch.

Trient. Durch eine Feuersbrunst wurden in Mesana im Sulzthal zwei Kirchen und zwanzig Häuser zerstört. Zwei Menschen büßten dabei das Leben ein.

Fortzugs halber ein 1- und ein 2schläfiges Bett billig zu verkaufen
Devenau 55, H. Einang.

Auf

Kredit!

Möbel

jeder Art, Betten, Sofas
Garnituren.
Spezialität:
Ganze Einrichtungen.
Anzüge
jeder Stoff, jede Farbe
chic, modern.
Damen-Kragen
und Jacketts.
S. Sachs
Lübeck
41 Hüßstraße 41.

Maifeier 1904.

Sonntag den 1. Mai:

Ausflug nach Israelsdorf

mit 5 Musikkapellen, Gewerkschaftsfahnen resp. Bannern, jedoch ohne rote Schärpen und Abzeichen
nach der Wiese des Herrn Muuss.

Nach Ankunft: Ansprache, gehalten vom Reichstagsabgeordneten Theodor Schwartz, sowie Konzert.

Sammelplatz: Auf dem Burgfeld.

Abmarsch daselbst: präzise 2 Uhr.

Rückmarsch von Israelsdorf: abends 8 Uhr.

Den Anordnungen des Komitees ist unbedingt Folge zu leisten. — Die Karten sind sichtbar zu tragen.
Das Komitee.

Karten à 20 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern, sowie bei C. Wittfoot, Huxstr. 18, F. Leeke, Lederstr. 3; J. Grünwald, Böttcherstr. 18, W. Körner, Kupferschmiedestr. 11, im „Vereinshaus“ und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“.

2. Etage, 3 Zimmer mit Zubehör, 260 Mark, zu vermieten.
Fr. Spethmann,
Schwarze Allee 76.

Eine Wohnung zu vermieten

Gerade Dannebergstr. 2.

Zu vermieten zum 1. Juli die 2. Etage, enth. 3 Zimmer und Zubehör, Preis 200 Mark. Heinrichstraße 8.

Eine alleinstehende Frau

zu sofort für den ganzen Tag gesucht. Angebote unter G. 1 an die Exped. d. Bl.

Gelacht 1 Junge bei Milchwagen zu sofort für den ganzen Tag gesucht. Angebote unter G. 1 an die Exped. d. Bl.

Sinderbettstelle mit Matrasse zu verk. Seeverdestraße 7.

Regulator, Damen - Remontoir - Uhr, Sommerpalestina zu verkaufen. Bohmstr. 46/24.

1 Spieluhr (Kalliope) bill. zu verk. Marktstraße 1c.

Margarine

nicht nur nach der **Farbe,**

sondern nach dem **Geschmack**

kaufen will, wird nach einmaligem Versuch dauernd meine Reis frisch und gleichmäßig gelieferten hochreinen Qualitätsfette verwenden und sich nicht durch Zugabe von künstlichen Stoffen, die hoch jeder Käufer mitbezahlen muß.

Kaufen Sie bei mir das Pfund 5-10 Pfg. billiger, als Sie anderweitig haben gekauft. Sie werden früher mit der von mir gelieferten Qualität zufrieden sein.

Ich hei ße jetzt jetzt:

Gute Margarine Pfund 50 Pfg., 2 Pfd. 95 Pfg.

feine „Pfeil“ Pfund 55 Pfg., 2 Pfd. 1,05 Pfd.

feinste Tafel Pfund 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 Pfd.

Spezialmarke Pfund 65 Pfg., 2 Pfd. 1,25 Pfd.

„Kohlrab“ Pfund 70 Pfg., 2 Pfd. 1,35 Pfd.

Reines Schweineschmalz.

Pf. 40, 50 u. 55 Pfd.

Ludw. Hartwig

Oberstraße 8.

Tele: Unterstraße 69.

Gesangverein der

Zimmerer

Am Donnerstag den 14. April

abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Saal des Herrn Brauns,

„Der Schwarze Döhl“.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

(Nach dieser Liste bitte einzukaufen.)

Von Sonnabend den 23. April

befindet sich mein Geschäft

mittlere Huxstrasse No. 40.

Um mein Lager bis dahin etwas zu räumen, verkaufe ich von heute ab zu nachstehend billigen Preisen.

Fettwaren.

Spezialität: Holländische Margarine

50 bis 80 Pfg. per Pfd.

Marke „Pfeil“, Ertrag für beste Butter,

kostet nur 65 Pfg.

Kauf jedes Pfund Margarine vor wie nach

1 Keller oder 5 Rabattmarken.

Beizen geräuch. Mettwurst Pfund 80 Pfg.

Braunschweiger Wurst „ 45 „

Lebertwurst Pfund 60 u. 50 „

Vollkorniger Schweizerkäse Pfund 68 u. 58 „

Besten Silvester Käse Pfund 50 „

andere Sorten von 20 Pfg. per Pfund an.

Holländer Käse Pfund 100 u. 80 „

Landeier 11 Stück 60 Pfg.

Schmalz Pfund 60, 55 u. 45 Pfg.

NB. Ich gebe trotz dieser billigen Preise auf alle Waren Rabattmarken.

Meine Rabattmarken mit 100 Stück Inhalt werden im Kleinfachhandel, Bahr u. Umlauf, Rosenbergr.,

Mühlentstraße, sowie in meinem Geschäft mit 1 Mk. in Zahlung genommen.

Otto Burckhardt, Bedergrube 24.

Kolonialwaren.

Einige Zentner Pflanzenmehl

Pfund 19 Pfg., bei 5 Pfund 18 Pfg.

Frucht-Marmelade, gem. „ 24 „

Vanillebonbon Pfund 29 u. 26 Pfg.

bei 10 Pfund 25 „

per Flasche 35 „

Gerichtsaft „ 10 Pfg.

Salzheringe, großer Fisch, kein

Bruch, 3 Stück 12 Pfg.

vorzüglich zum Einlegen.

Anchovis, lose Pfund 24 „

Besten Schnittbohnen, 2 Pfd.-Dose 29 „

Neue Sultan-Kaffeebohnen Pfund 28 „

stückenweise billiger.

Korinthen Pfund 28 „

Pflanzen, gute „ 18 „

Reismehl „ 14 „

Reis Pfund 20, 18 u. 14 „

Salz Pfund 9 „

Soda 3 Pfund 10 „

Seife Pfund 15 Pfg., 2 Pfund 28 „

Nicht angeführte Artikel zu enorm billigen

Preisen.

Arzt für physikal.-diät. Heil-

Methoden alle weiche niedergelassen und

wohnt obere Johannisstraße 12, 1 Tr.

Sprechstunden 8-10 vorm., 2-5 nachm.

Dr. med. Schimmelpenning, v. Arzt

Heute frisch!

Beste Braunschweiger Lebertwurst,

Lebertwurst, Brotwurst,

Grüner, H. Lebertwurst, Stück

10 Pfg. und Kopfschinken.

P. Lehsten, Mühlentstraße 8.

Deutscher

Schneider - Verband.

(Gesetzlich anerkannt)

Versammlung

am Donnerstag den 14. April

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Eintragung des Arbeits-

vertrages im Arbeitsgesetzbuch.

2. Wahlkommissionen.

Der geschäftliche Geschäftsbericht wird

der Ortsverwaltung.

Oeffentliche

Kartell-

Versammlung

am Donnerstag den 14. April

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Eingänge.

2. Abrechnung.

3. Die Lebensbewegung der Bäder.

Bestmögliches Erscheinen der Delegierten erwünscht

Die Kartell-Kommission.

Der täglich zunehmende Verkehr auf der

Linie

Lübeck-Schwartau

vermehrt sich, schon ab 15. d. M. die Abfahrts-

zeiten zu verlängern und zwar:

ab Lübeck letzte Tour . . . 7 Uhr abends,

ab Schwartau letzte Tour 8 Uhr abends.

Lübecker Hafensfähre Gej. m. b. H.

Großer Möbel-Ausverkauf!

Wegen Vergrößerung meiner Geschäftsräume und Neubau meiner Werkstätten muß ich mein großes Lager von nur dauerh. und reell gearbeit. Möbeln auf kurze Zeit einschränken und stehen, um schnell zu räumen, billig zum Verkauf. Mache hierauf Brautl. und Möbelkäufer besond. aufmerksam. Teilzahl. gerne gestattet.

H. Mohr

Möbel-Ausstattungs-Geschäft

Engelsgrube 53, Schwönekeuergasse 1.

Maifeier 1904.

Genossen, welche auf dem Fest-

platz in Israelsdorf eine

Zapfstelle

übernehmen, sowie Geschäftsleute, die dort mit

Genußmitteln resp. Buden

oder Karouffels

ausstehen wollen, haben sich bis zum

20. April d. Js. schriftlich beim

Maifeier-Komitee, Johannisstr. 50/52,

zu melden.

Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

— Gegr. 1894. —

Extra-

Mitgliederversammlung

am Donnerstag den 14. April

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Kandidaten zum Bundestag.

2. Fragekasten 3. Verschiedenes.

NB. Da die Stimmabgabe nur in dieser Ver-

sammlung stattfindet, so ist es Pflicht eines jeden

Mitgliedes, zu erscheinen, event. daselbst seines

Stimmrechts verlustig geht.

Der Vorstand.

Stadttheater

7 1/2 Uhr. Donnerstag den 14. April. 7 1/2 Uhr.

200. Vorstellung 29 Donnerstags-Ab.

Comtesse Marie.

7 1/2 Uhr. Freitag den 15. April. 7 1/2 Uhr.

201. Vorstellung 28 Freitag-Abonnement.

Letzte Vorstellung.

Vorteilsabend für das Chorpersonal.

Comtesse Marie.

Schluß der Spielzeit.

Sonntag den 16. April:

Einmaliges Mit Nadora Dancan.

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Gastspiel

Demokratie.

Der Verlauf des sächsischen Landesparteitags liegt unseren Gegnern recht schwer im Magen. Es prasselt nur so Rat- schläge, Warnungen, Verfluchungen über die ihrem Unter- gang entgegenstehende Sozialdemokratie. Die bürger- lichen Blätter, so sollte man meinen, die Sozialdemokratie hätte keine wärmeren Freunde als — ihre Feinde. Schmerz- bewegt klagen sie über das Unrecht, das die Sozialdemokratie den Göttern, Heinen, Schlippe usw. zugefügt habe, und rufen Wehe über die Partei, die solchertweise die Demokratie mit Füßen trete und sich ihrer besten Kräfte beraube. Wenn dem so ist — wozu die Klage? Die Herrschaften müßten sich doch diebisch freuen, wenn die Sozialdemokratie selbst das fertig bringt, was ihnen allesamt trotz aller Anstrengung bisher nicht gelingen wollte: die Partei zu ruinieren. Die Wiederwärtler tragen allzu stark auf. Hinter dem zur Schau getragenen Schmerz verbirgt sich die bittere Enttäuschung, daß ihre Hoffnungen sich wieder einmal nicht erfüllt haben. In ihrer blinden Wut merken sie gar nicht, welche Schlichten Dienst sie ihren gehätschelten Schoßkindern durch diese allzu- offenen Zärtlichkeiten erweisen.

Natürlich lassen die Verteidiger des Buchhausgesches und aller Knebelgesetze gegen die Arbeiterklasse die Gelegen- heit nicht vorübergehen, sich als Sachverständige in bezug auf Freiheit und Demokratie aufzutun. Wiederum gebrauchen sie den alten Kniff, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie verlange nur vom Staat unbedingte Meinungsfreiheit, die sie in ihren eigenen Reihen verschänke. Es widersteht einem, gegenüber diesem alten Lügenhüter der Sozialistenbekämpfung immer und immer wieder die platte Wahrheit zu wiederholen, daß eine Partei andere Bedingungen hat als der Staat. Im Staat zu leben, ist jeder gezwungen; eine Partei aber beruht auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Per- sonen, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Ueberzeugung stehen. Wer diese Ueberzeugung nicht teilt, gehört nicht zur Partei. Wer die ursprünglich geteilte Ueberzeugung verliert, wird keine andere Freiheit beanspruchen dürfen als die, der Partei, an die er nicht mehr glaubt, den Rücken kehren zu können. Unsere guten Freunde aber meinen, er müsse auch die Freiheit haben, trotz seiner abweichenden Meinung in der Partei zu bleiben, ja Anspruch auf die Vertrauensämter der Partei zu erheben. Freilich sind sie nur für die Sozialdemo- kratie so wehrhaft, nicht für ihre eigene Partei.

Der Beschluß der sächsischen Landesversammlung über das Verfahren bei zukünftigen Kandidatenaufstellungen findet ebenfalls nicht die Billigung unserer bürgerlichen Freunde. Auf die Einwände, die in dieser Frage im Namen der „Autonomie“ und der Freiheit des „Jedweden“ erhoben werden, antwortet Karl Rautsky in einem trefflichen Artikel der „Neuen Zeit“, dem wir folgende Stellen ent- nehmen:

„Es sind verschiedene Formen der Entlassnahme der Gesamtpartei auf die Auslese der Kandidaten möglich. Welche Form die praktischste, ist eine Frage für sich, die hier nicht weiter erörtert werden soll. Zunächst handelt es sich um die Anerkennung des Prinzips, daß die Aufstellung eines Reichs- tagskandidaten eine Angelegenheit ist, welche die Partei eben- so sehr angeht wie den Wahlkreis.“

Freilich, dies soll die schönste Verletzung des demo- kratischen Prinzips in sich schließen, das da besagt, von unten herauf, durch die Selbstständigkeit der Massen, nicht von oben herab auf bürokratischem Wege, soll alles politische Tun sich vollziehen.

Wenn es aber einen demokratischen Grundsatz gibt, dann ist es der, daß die Majorität das Übergewicht haben soll über die Minorität, und nicht umgekehrt. Die Majorität ist in unserem Falle die Gesamtpartei, die Minorität der Wahl- kreis. Vergessen wir nicht, daß wir über das feudale Repräsentativsystem hinaus sind, wo der einzelne Delegierte als der Repräsentant einer besonderen Lokalität auftrat.

Der Reichstagsabgeordnete ist der Vertreter des deutschen Volkes, nicht eines Wahlkreises, und als Parteimann ist er der Vertreter der Gesamtpartei, der drei Millionen, nicht der Vertreter zehntausend Wähler, die für ihn ihre Stimme abgegeben haben. Er erhält eine Tribüne, in der er nicht bloß zu seinem Wahlkreis, sondern zu ganz Deutschland spricht, und sein Tun und Lassen im Reichstag wirkt nicht bloß auf seinen Wahlkreis zurück, sondern auf die Gesamtpartei. Was er gut macht, kommt der ganzen Partei zugut, was er schlecht macht, blamiert oder kompromittiert die ganze Partei.

Die Auswahl eines jeden einzelnen Reichstagskandi- daten ist daher eine wichtige Angelegenheit für die gesamte Partei.

Da aber diese nicht gut die Auswahl selbst besorgen kann, müssen es ihre Vertrauensmänner tun. Wenn das zu „bürokratisch“ oder „zentralistisch“ erscheint, der möge vorschlagen, die Kandidaten sollen durch Urabstimmung sämtlicher Parteigenossen festgestellt werden. Wer das nicht für argwählig hält, darf sich über den Mangel an Demokratie nicht beschweren, wenn diese Tätigkeit wie manche andere, die der Gesamtpartei zufällt, von einer oder mehreren Partei- instanzen besorgt wird.

Natürlich nicht von einer obersten Instanz, etwa der Parteileitung oder einem Zentralwahlkomitee allein. Die Parteigenossen im Wahlkreis haben die Hauptlast der Wahlarbeit zu tragen, von ihnen vor allem hängt der Erfolg des Kandidaten ab. Es wäre unsinnig, ihnen einen Kan- didaten aufzudrängen zu wollen, den sie nicht mögen. Sie sollen nur nicht das Recht haben, der Partei einen Abge- ordneten aufzudrängen, gegen den deren Mehrheit schwere Bedenken hat. Sie sollen sich ihre Kandidaten selbst aussuchen, aber hervortreten mit ihm sollen sie erst, nachdem die dazu bestimmten Vertreter der Gesamtpartei ihrer Wahl zugestimmt, was in der Regel auch geschieht, in alten Wahl- kreisen mit geschulten Genossen eine bloße Formalität sein wird. Wo aber ein Protest notwendig wird, da ist es für alle Beteiligten besser, er wird stillschweigend unter den ge- nannten Faktoren erledigt. Wären wegen der Wahl im zwanzigsten Wahlkreis erst Landesvorstand und Partei- vorstand befragt worden, ehe Göhre selbst aufgefördert wurde zu kandidieren, so hätten sich nicht die peinlichen Szenen ab- gespielt, die sicher unserem schließlichen Kandidaten geschadet, aber ebenso sicher auch Göhres Ansehen nicht gefördert haben.

Tatsächlich handelt es sich hier auch nicht um etwas Neues, Unerhörtes, sondern um ein Gewohnheits- recht. Es war seit jeher in der Partei üblich, daß einzelne Wahlkreise sich mit dem Parteivorstand oder Landesvorstand wegen eines neuen Kandidaten freundschaftlich verständigten. Aber die Partei ist zu groß geworden, als daß dies still- schweigende Gewohnheitsrecht ausreichte. Das Gewohnheits- recht hört auf, ein Recht zu sein, wenn es aufhört, als selbst- verständlich anerkannt zu werden, wenn seine Bestimmungen, ja seine Existenz streitig werden. Da muß es ausdrücklich festgelegt, kodifiziert werden, weil sonst seine Durchsetzung in einzelnen Fällen eine zu große Kraftverwendung bedeutet und zu vielen überflüssigen Konfliktsstoff mit sich bringt. Unsere Parteimaschinerie bewegt sich, seitdem sie so groß ge- worden, mit zu großem Anarren und Klappern und mit zu großem Kraftverlust. Eine genauere Festsetzung des bisher Ueblichen, dazu vielleicht einige Neuerungen in der Organi- sation sind erforderlich, sollen die Reibungswiderstände auf ein Minimum reduziert werden und die Parteimaschinerie wieder geräuschlos laufen. Es wäre ein allerdings höchst unzeitweiliges Verdienst meines, wenn sein Versuch, die auf dem Gewohnheitsrecht basierende Parteiorganisation aufzu- lösen, zu ihrer genaueren statutarischen Festlegung und dadurch zu einer größeren Straffheit der Organisation führte.

Dazu gehört aber vor allem eine genaue Fixierung der Kompetenzen des Wahlkreises gegenüber der Gesamtpartei.

Das gilt nicht bloß für die Auswahl der Kandidaten. Wir haben gesehen, daß Abgeordnete denen die Partei- disziplin lästig wird, sich ihr dadurch zu entziehen suchen, daß sie erklären, sie seien nicht der Partei, sondern ihren Wählern Rechenschaft schuldig. Das ist in Frankreich sehr verbreitet bei den ministeriellen Sozialisten, wurde aber auch schon in unseren Reihen praktiziert. Es klingt sehr „demokratisch“, ist aber tatsächlich nur ein Ausspielen feudaler, partikulär- listischer Tendenzen gegen die Einheitlichkeit, die einer modernen politischen Partei innewohnen muß. Wenn ein Sozialdemo- krat von der Partei an seine Wähler appelliert, so ist das ein ebenso reaktionärer Trick, wie wenn Bülow sich im preussischen Landtag ein Vertrauensvotum sucht, das ihm der Reichstag vorenthält.

lassen wir uns also durch „demokratische Rand- bemerkungen“ und Gemeinplätze nicht irre machen in dem, was uns zu einer wirklichen Demokratie, das heißt einer Herrschaft der Massen über ihre Beauftragten, not tut: in der Verstärkung und strafferen Zusammenfassung unserer Organisation.

Im Kriege und in der Politik ist nicht immer die gleiche Taktik am Platze. In den modernen Schlachten ist die zer- streute Gefechtsart, die Auflösung der Kolonnen, geboten. In der Politik dagegen gilt heute noch die Taktik der Kriege des siebzehnten und achtzehnten Jahr- hunderts, da steigt die geflossene Kolonne, die planmäßig und einheitlich wirkt. Wenn uns eine Schlacht angeboten wird, haben wir uns nicht zu zerstreuen, um unsere „Per- sönlichkeit“ „freientfallen“ zu können. Unsere Lösung muß lauten: „Schließt die Reihen!“

Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Vorstände der beiden Baderinnungen in Berlin „Ger- mania“ und „Concordia“ haben die Forderungen der Gesellen als „unerfüllbar“ abgelehnt und weigerten sich, mit dem Vertreter des Baderarbeiterverbandes überhaupt in Verhandlungen zu treten. Infolgedessen wird erwartet, daß der Verband Mittwoch den Streik proklamiert. — In einer Versammlung der Berliner Pauer wurde festgestellt, daß jetzt mit ganz wenigen Ausnahmen auf allen Berliner Bauten die achtstündige Arbeitszeit durchgesetzt werde. — Die Dachecker in Meissen legten Montag die Arbeit nieder, da ihre Forderung: 45 Pf. Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit, von den Meißnern abgelehnt wurde. Es kommen 24 Gehilfen in Betracht. Zwei Unternehmer mit 6 Gehilfen bewilligten die Forderungen. — Die Maurer in Duisburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie fordern den Beschlusstag, ferner Abschaffung der Ueberstunden sowie der Kündigung endlich Erhöhung des Stundenlohnes. Für den Fall, daß sich zum 25. ds. diesbezügliche Zusagen nicht gegeben sind, soll der Streik ausbrechen. — Die Frankfurter Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit, daß bei den Adler, Fahrrad, Werken, vorm. Heint. Meyer in Frankfurt a. M. sämtliche Dreher wegen Akkord- abjügen und rigoroser Strafen in eine Abwehrbewegung eingetreten seien. Wenn die Verhandlungen sich zerschlagen sollten, so sei der Streik unvermeidlich.

„Der Grundstein“, das Verbandsorgan der Maurer, erscheint jetzt in einer Auflage von über 12500 Exemplaren.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Duisbur- schie die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 71 Stimmen. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 67 Stimmen.

Die Königsberger Polizei beschlagnahmte b- Rassenbücher der beiden Königsberger Maurerorganisationen. Die Polizei wollte Auskunft über eine etwaige Liste d- Arbeitswilligen vom vorigen Streik haben. Da niemand b-

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

102. Fortsetzung.

„Was zum Henker ist denn da los,“ fragte der Arzt unterwegs den einen Polizeidiener, „daß sie den Grafen Rauten in das Spital und nicht zu seinen Schwiegervater schaffen? Und wie überhaupt ist er da hinaus auf den Hof gekommen?“

Der Doktor hatte sich an den Unrechten gewandt. Der Mann wußte, daß der Herr Assessor und der Herr Aktuar nie über Gerichtsfälle mit Leuten sprachen, die außer dem Gericht standen, zante deshalb die Achseln und sagte: „Be- dauere, darüber keine Wissenschaft zu besitzen, Herr Doktor. Bin nur beordert worden, jemanden in Empfang zu nehmen. Herr Doktor können aber näheres bei Herrn Notar Hüster erfahren.“

Der Doktor biß sich auf die Lippe, versuchte aber keine weitere Frage und bald waren sie an Ort und Stelle ange- langt.

In dem Kontor des Notars saß indessen der alte Baron von Solberg wie in einander gebrochen noch immer auf dem Stuhle und rührte und regte sich nicht bei all dem ihn um- gebenden Wirrwarr. Er hatte auch stets nur stummend zu- gehört, wie sich Anklage auf Anklage gegen den Schuldigen häufte — und daß er schuldig sei? Nicht mit einer Faser seines Herzens zweifelte er jetzt mehr daran, denn nur zu deutlich prägte sich das in seinen Zügen aus. Und Fränz- chen, das arme Fränzchen! Aber war es nicht ein Stück vom lieben Gott, daß sie noch — man konnte wohl sagen: im letzten Augenblicke noch — der furchtbaren Gefahr entgingen, in die Gewalt dieses gewissenlosen Menigen zu fallen?

Nur beschäftigte sich inzwischen vollständig mit der jungen Amerikanerin, die er in jeder Hinsicht zu beruhigen suchte,

aber auch hat, jetzt so rasch als möglich in ihr Hotel zurück- zugehen. Er versprach ihr dabei, heute Abend noch genaue Nachricht zu bringen, was man in dem Besitze ihres früheren Gatten noch gefunden, damit sie ihre Ansprüche darauf geltend machen könnte. Es sollte ihr ja auch indessen hier an nichts fehlen und sie möge ihre Zeit dort drüben, indefs Leute, die es gut mit ihr meinten, tätig waren, ruhig ab- warten.

Sie ließ sich endlich von Max nach Hause geleiten; der wilde Lärm umher, das Herrens- und Hineinrücken von Menschen, deren Sprache sie nicht einmal verstand, machte sie ängstlich, und es gelang dem kleinen Manne, sie aus dem Hause zu bringen, ehe man den Verwundeten nach vorne schaffen konnte.

Schaller hatte übrigens sehr glücklich den Moment be- nutzt, als alles in die Küche sprang und sich natürlich nicht um ihn kümmerte. Mit ein paar langer Schritten war er an der Treppe und hinab, schloß, als die Polizeidiener gerade nach dem Hofe hinunterstürzten, die Haustür auf und kreuzte über die Straße nach seinem eigenen Hause hinüber.

Als Hans das Zimmer wieder betrat und seinen Vater so still vor sich hinstehend sah, eilte er erschrocken auf ihn zu. „Vater, lieber, bester Vater,“ rief er, seinen Arm um ihn schlagend, „gräme Dich nicht so sehr, wir haben ja unser Fränzchen noch, und das Unglück ist von ihr abge- wandt!“

„Ja,“ sagte der alte Herr, „und Gott sei dafür recht aus vollem Herzen gedankt! Aber fürchte nicht, Hans, daß mich diese Szene zu tief erschüttert haben sollte. Erschüttert? Ja — das vielleicht, aber dem Bau ist damit kein Schaden geschehen, und wir können allen Menschen frei ins Auge sehen.“

„Das können wir, gewiß, Papa!“

„Aber sage mir doch Eins, mein Sohn,“ fragte der alte Mann und sah seinem Sohne dabei sorgenvoll und fast be-

ängstigt in's Auge — „beantworte mir die Frage — ob wahr.“

„Gewiß, mein Vater — wahr und offen, wie Du mir stets gefunden.“

„Nur gut, dann sage mir: ist dieser Schurke — die deutsche Sprache hat eigentlich gar keinen Namen für ein derartiges Verbrecher und das ärgste Schimpfwort für i- klingt wie eine gemeine Schmeichelei — ist dieser Mann oder wie er sonst heißt, wirklich von Adel?“

Ein frohes Lächeln flog über des jungen Mannes Zu- benn er hatte wirklich schon gefürchtet, daß sein Vater u- dem Unglück, das sein Haus doch immer durch diesen Un- betroffen, am Ende gar tiefstunig geworden wäre. Die jet- Frage zeigte ihm aber deutlich genug, daß er nichts D- artiges zu fürchten brauche. Der alte Herr schwamm u- gesund und wohl in seinen alten Borurteilen herum, und lange er das tat, war weber sein Herz noch sein Geist tief von diesem Schlag erschüttert worden.

„Ja, Vater,“ sagte er deshalb erleichtert, „ein Graf- er allerdings nicht, mit dem Titel hat er sich allein befel- aber ein Baron ist er doch, und, wie es scheint, ein Ba- von Tröben, wenn mir die Familie auch nicht weiter- kann ist.“

„Es ist schrecklich,“ sagte der alte Baron, „es ist u- lich schrecklich — seine armen Eltern, wenn sie das Un- erfahren!“

„Aber lieber Papa, glaubst Du nicht, daß es bürger- Eltern wenigstens eben so tief empfunden hätten?“

„Nein, mein Sohn,“ sagte der alte Kammerherr, u- er bedeutend mit dem Kopfe schüttelte. „Bürgerliche u- nur ihren eigenen Namen, ihr eigenes Selbst zu vert- aber in unseren Kreisen geht es etwas gleich bis an- ersten Ahn zurück — und das ist entsetzlich!“

„Aber, Vater,“ sagte Hans leise, „wöchten wir jetzt nach Hause gehen, um Fränzchen wie die Mutter vorzubere-

einer derartigen Liste etwas wußte, wurden die Kassenbücher der beiden Vereine beschlagnahmt.

Die Generalversammlung des Verbandes der Wäschebranche hat beschlossen, die Krankenunterstützung einzuführen. Es sollen bei 25 Pf. Mitgliedsbeitrag für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche 5 Mark an männliche und 3,50 Mark an weibliche Mitglieder gezahlt werden.

Die Kerle müssen sich beleidigt fühlen! Gegen den Genossen Jakob Spandan, der im Namen von Arbeitern der Spandauer Staatsbetriebe einen Kranz am Grabe der Märzgefallenen niedergelegt hat, soll bekanntlich wegen Beleidigung der Spandauer Arbeiter angeklagt werden.

Der sozialdemokratische Partitag in Holland. In Dordrecht tagte vom 3. bis 5. April der 10. Kongress der niederländischen Sozialdemokratie.

Am 2. April tagte der 10. Kongress der sozialdemokratischen Jugendvereine in Kopenhagen ein. Am Abend des 2. April tagte der 10. Kongress der sozialdemokratischen Jugendvereine in Kopenhagen ein.

Der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit und der Kooperation gekämpft wird, und fordert sie auf, durch Entwicklung ihrer Organisation ihre Einheit und Macht im Klassenkampf zu stärken.

„Prinz Arenberg und die Arenberge“ ist soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Der Verfasser der Broschüre gibt nicht nur eine ausführliche Darstellung des Falles Arenberg, sondern er schildert auch das Milieu, in dem dieser unangenehme Fall möglich geworden ist.

Ein sozialdemokratischer Jugendbund in Dänemark. Am Gründungsabend und Karfreitag fand in Kopenhagen ein Kongress der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks statt.

Das Dienstmädchen in Männerkleidern. In Prag in Böhmen wurde ein junger Mann wegen Fälschung von Ausweispapieren angehalten.

Ständesamtliche Nachrichten vom 3. bis 9. April 1904. Geburten. a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

27. März. Maurermeister J. J. H. Kähler. Eisenbahn-Werkmeister J. J. Glorius. 30. Arbeiter J. H. F. Beth.

27. März. Maler A. G. F. Bischof. 30. Tischler G. Goldbach. 31. Arbeiter G. F. F. Dunkelmann.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

ber gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit und der Kooperation gekämpft wird, und fordert sie auf, durch Entwicklung ihrer Organisation ihre Einheit und Macht im Klassenkampf zu stärken.

„Prinz Arenberg und die Arenberge“ ist soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Der Verfasser der Broschüre gibt nicht nur eine ausführliche Darstellung des Falles Arenberg, sondern er schildert auch das Milieu, in dem dieser unangenehme Fall möglich geworden ist.

Ein sozialdemokratischer Jugendbund in Dänemark. Am Gründungsabend und Karfreitag fand in Kopenhagen ein Kongress der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks statt.

Das Dienstmädchen in Männerkleidern. In Prag in Böhmen wurde ein junger Mann wegen Fälschung von Ausweispapieren angehalten.

Ständesamtliche Nachrichten vom 3. bis 9. April 1904. Geburten. a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

27. März. Maurermeister J. J. H. Kähler. Eisenbahn-Werkmeister J. J. Glorius. 30. Arbeiter J. H. F. Beth.

27. März. Maler A. G. F. Bischof. 30. Tischler G. Goldbach. 31. Arbeiter G. F. F. Dunkelmann.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Buchhalter M. A. C. Schäfer zu Wildshausen und C. H. M. D. Schäfer. Dekorationsmaler H. G. H. Schach zu Habenhausen.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

ber gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit und der Kooperation gekämpft wird, und fordert sie auf, durch Entwicklung ihrer Organisation ihre Einheit und Macht im Klassenkampf zu stärken.

„Prinz Arenberg und die Arenberge“ ist soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Der Verfasser der Broschüre gibt nicht nur eine ausführliche Darstellung des Falles Arenberg, sondern er schildert auch das Milieu, in dem dieser unangenehme Fall möglich geworden ist.

Ein sozialdemokratischer Jugendbund in Dänemark. Am Gründungsabend und Karfreitag fand in Kopenhagen ein Kongress der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks statt.

Das Dienstmädchen in Männerkleidern. In Prag in Böhmen wurde ein junger Mann wegen Fälschung von Ausweispapieren angehalten.

Ständesamtliche Nachrichten vom 3. bis 9. April 1904. Geburten. a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

27. März. Maurermeister J. J. H. Kähler. Eisenbahn-Werkmeister J. J. Glorius. 30. Arbeiter J. H. F. Beth.

27. März. Maler A. G. F. Bischof. 30. Tischler G. Goldbach. 31. Arbeiter G. F. F. Dunkelmann.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Buchhalter M. A. C. Schäfer zu Wildshausen und C. H. M. D. Schäfer. Dekorationsmaler H. G. H. Schach zu Habenhausen.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.

5. April. Kaufmann C. L. Cohn und L. Inghenheit zu Schwartau. Brenner J. W. Chr. Puls und Witwe F. W. C. Sad geb. Meißner.